

MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte

Sie sind Bundestagsabgeordnete für meinen Wahlbezirk . Deshalb wende ich mich heute mit einer großen Sorge an Sie: Ich sehe unsere Demokratie von der AfD ernsthaft bedroht.

Sicher haben auch Sie in letzter Zeit darüber diskutiert, wie der Gefahr, die von der AfD ausgeht, begegnet werden kann und kennen alle Argumente für und gegen ein AfD-Verbot. Gegen ein Verfahren sprächen insbesondere die hohen Hürden, der Mangel an Beweisen; es sei vorzuziehen, die AfD politisch zu stellen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum NPD-Verbot von 2017, das häufig als Argument für ein Scheitern des Verfahrens vorgebracht wird, einmal durchzuarbeiten. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass ganz im Gegenteil das Urteil **für gute Chancen** bei einem Verbotsverfahren hinsichtlich der AfD spricht. Denn die Charakterisierung der NPD durch das BVerfG gleicht in überraschender Weise dem Wesen der AfD, wie wir es im Grunde täglich vorgeführt bekommen: „Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären ‚Nationalstaat‘. Dieses politische Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.“ Das Verbot der NPD ist nur daran gescheitert, dass der NPD nicht zuzutrauen war, ihre Vorstellungen politisch umzusetzen. Oder wie es in der Sprache des Gerichts heißt: „Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.“ Gerade dieses Kriterium, unbedeutend zu sein, liegt bei der AfD aber nun wirklich nicht vor.

Der Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestags über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Alternative für Deutschland“ nach Art. 21 GG ist von einer Gruppe von Abgeordneten bereits eingebracht worden. Ich bitte Sie dringend, mit „JA“ zu stimmen, wenn dieser Antrag tatsächlich zur Abstimmung kommt. Mein Wahlverhalten wird davon abhängen.

Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen